

# Jährlicher Gedenktag im ungarischen Parlament für die vertriebenen Deutschen



**Am 11. März findet im ungarischen Parlament in Budapest eine Gedenkfeier für die aus Ungarn vertriebenen Deutschen statt, deren Bedeutung für Ungarn und Deutsche nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Festansprache hält der ungarische Parlamentspräsident Laszlo Köver in Anwesenheit von Prof. Dr. Norbert Lammert, dem Präsidenten des Deutschen Bundestages. Neben Repräsentanten der jeweiligen Regierungen wird auch Erika Steinbach MdB, Präsidentin des BdV, ein Grußwort sprechen. Dazu erklärt sie:**

Ungarn hat als erstes Land durch das Deutsche nach dem Krieg vertrieben wurden, einen regelmäßigen Gedenktag eingerichtet. Als Datum wurde der 19. Januar gewählt, der Jahrestag des Beginns der Vertreibung im Jahr 1946. Der Beschluss dazu erfolgte im ungarischen Parlament über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig. Eingeleitet wird dieser Beschluss am kommenden Montag, den 11. März in der ungarischen Nationalversammlung.

Ich begrüße nicht nur, dass Ungarn damit seiner Verantwortung gegenüber den ehemaligen deutschen Landsleuten gerecht geworden ist sondern ich freue mich auch über die herzlichen und aufrichtigen Worte, die der ungarische Parlamentspräsident Laszlo Köver in seinem Einladungsschreiben dazu gefunden hat:

*„Mit Betracht auf die Ereignisse der Gegenwart ist es uns ein besonderes Anliegen, mit solchen Beschlüssen und Entscheidungen Maßstäbe zu setzen und zu zeigen, dass keine Bevölkerungsgruppe diskriminiert werden darf. Man darf zwischen den Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder religiösen Überzeugung keinen Unterschied machen, denn wo eine Minderheit ihrer Rechte beraubt werden kann, kann dies auch der Mehrheit widerfahren. Ungarn ist und bleibt ein starker Befürworter der universellen Menschenrechte und der Grundfreiheiten.“*

Ungarn hat schon früh mit der Aufarbeitung seines Verhältnisses zu den Ungarndeutschen und zu Deutschland begonnen. Bereits 1990 hatte das Land eine demonstrative Absage an jeden Kollektivschuldgedanken gegeben.

Der von den kommunistischen Machthabern verfolgte Kollektivschuldgedanke lieferte damals den Vorwand für die Vertreibung der deutschen Minderheit, die ein schwarzer Fleck in der Geschichte der deutsch-ungarischen Beziehungen war, obwohl diese ansonsten immer von einer guten Zusammenarbeit geprägt waren.

Es folgte 1995 eine Entschuldigung für die Vertreibung, 2006 die Errichtung einer Landesgedenkstätte und eines Denkmals in Budapest. 2007 gab es eine Gedenkkonferenz zur Vertreibung der Deutschen im ungarischen Parlament, an der auch Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert und Erika Steinbach MdB teilnahmen, durchgeführt von der Parlamentspräsidentin Katalin Szili.

Mit Ungarn gibt es seit langem eine enge Zusammenarbeit mit den Vertriebenen seitens der politischen Spitzen. Die Vertriebenen haben seit Jahren gute und fruchtbare Kontakte in die Heimat. Im Gegenzug gab und gibt es Botschaften der Zuwendung und des Bedauerns für das Schicksal der Vertriebenen.

Der von Montag an jährlich am 19. Januar stattfindende Gedenktag belegt eindrucksvoll, dass das Bekenntnis zu Menschenrechten sowie Empathie und Wahrheitsliebe den fruchtbaren Weg zur Versöhnung aufzeigen.

## PRESSEMITTEILUNG

7. März 2013

[www.Bund-der-Vertriebenen.de](http://www.Bund-der-Vertriebenen.de)

Herausgeber:  
Bund der Vertriebenen  
Vereinigte Landsmannschaften  
und Landesverbände e.V.  
Godesberger Allee 72-74  
53175 Bonn

Telefon (0228) 8 10 07 26  
Mobil (0175) 6 69 36 41  
Telefax (0228) 8 10 07 52